

Wirtschaft

Hochkarätige Referenten bei der AFI-Tagung in Bozen

BOZEN. Bei der AFI-Tagung (siehe unten stehendes Interview) waren neben dem Wirtschaftswissenschaftler Reinhard Bispinck eine Reihe von weiteren Referenten zu Gast: So sprach etwa Chiara Saraceno

vom Collegio Carlo Alberto (Turin) über „Grenzen und Versäumnisse des italienischen Welfare-Systems“, Luca Critelli (Direktor der Abteilung Familie und Sozialwesen) über „Stand und Problematiken in Südtirol

beim Sozialen Mindesteinkommen“. Danach fand ein Runder Tisch zum Thema „Die Vereinheitlichung der Sozialleistungen in Südtirol: Eine realistische Zielsetzung?“ statt.

„Alle würden vom Mindestlohn profitieren“

VERANSTALTUNG: Tagung des Arbeitsförderungsinstitutes (AFI) zum Thema Mindestsicherung – Interview mit Wirtschaftswissenschaftler Reinhard Bispinck

VON ARNOLD SORG

BOZEN. In Deutschland wurde jüngst ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt – nun wird auch bei uns darüber diskutiert: So etwa gestern bei einer Tagung des Arbeitsförderungsinstitutes (AFI). Laut dem deutschen Wirtschaftswissenschaftler Reinhard Bispinck würden alle von einem Mindestlohn profitieren: die Arbeitnehmer, der Staat und die Unternehmen.

„Dolomiten“: Warum sagen Sie, dass es einen Mindestlohn braucht?

Reinhard Bispinck: Weil man in vielen europäischen Ländern beobachten kann, dass es einen großen Niedriglohnssektor gibt, teilweise sogar Lohndumping. Viele Beschäftigte arbeiten zu sehr niedrigen Löhnen, mit denen sie nicht leben können. In vielen Ländern reicht auch die kollektivvertragliche Sicherung nicht aus, da die dort enthaltenen Löhne zu niedrig sind.

„D“: Und wie ist ein Mindestlohn für alle finanzierbar?

Bispinck: Er muss natürlich vom Arbeitgeber finanziert werden.

Gesamtstaatliche Mindestlöhne

- Kein Mindestlohn
- weniger als 3€
- 3€ bis 9€
- mehr als 9€



Dolomiten - Infografik: M. Lemanski

Quelle: WSI

Er wird gesetzlich dazu verpflichtet, pro geleistete Arbeitsstunde den vorgesehenen Mindestlohn zu bezahlen. Ein Unternehmer muss also sein Geschäftsmodell auf dieses System ausrichten.

„D“: Das wird die Unternehmer aber nicht freuen...

Bispinck: Das stimmt. Aber ein Betrieb, der nur dann überlebt, wenn er seine Mitarbeiter zu Dumpinglöhnen beschäftigt, der hat keine Existenzberechtigung. Diese Niedriglöhne sind nämlich die Ursache dafür, dass staatliche Sozialleistungen in Anspruch genommen werden müssen, um die Leute vor Armut zu schützen oder aus der Armut herauszuholen. Der Staat muss gewissermaßen eine Lohnsubvention vornehmen, weil der Arbeitgeber nur Dumpinggehälter bezahlt.

„D“: Niedriglöhne schaden im Endeffekt also dem Staatshaushalt?



„Niedriglöhne sind die Ursache dafür, dass staatliche Sozialleistungen in Anspruch genommen werden müssen.“

Reinhard Bispinck, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut, Düsseldorf

Bispinck: Selbstverständlich, sie belasten den Staatshaushalt und damit die Steuerzahler sogar massiv.

„D“: Italien und damit auch Südtirol sind ein sogenanntes Niedriglohnländ. Ihrer Meinung nach wäre es also höchst an der Zeit, hierzulande eine Mindestsicherung einzuführen?

Bispinck: Wir reden dann von Niedriglohn, wenn die Leute weniger verdienen, als 60 Prozent des mittleren Lohnes.

Wenn ein Beschäftigter einen Lohn von 1100 Euro bekommt, dann wäre der Niedriglohnssektor bei 660 Euro, also sehr tief. Eine Mindestsicherung würde so etwas verhindern.

„D“: Würde die Einführung eines Mindestlohnes nicht an der Kritik der Unternehmerschaft scheitern?

Bispinck: Kritik gibt es immer, da es auch Profiteure von Niedriglöhnen gibt. Gerade in Niedriglohnländern ist der Widerstand am größten. In Deutschland aber hat schon ein Umdenken eingesetzt – auch, weil es der gesetzliche Rahmen so vorsieht. Freiwillig wird kein Betrieb den Mindestlohn bezahlen. Man hat aber auch eingesehen, dass eine Mindestsicherung die Konjunktur in Schwung bringt.

„D“: Inwiefern?

Bispinck: Einerseits kann der Staat seine Sozialleistungen zurückschrauben, auch werden mehr Steuern bezahlt und andererseits steigt der Konsum, wenn die Bürger mehr Geld zur Verfügung haben. Es profitieren im Endeffekt also alle: die Arbeitnehmer, der Staat und auch die Unternehmer, indem die Wirtschaft anzieht.

© Alle Rechte vorbehalten